



DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Befremden über Israel wächst

Verbieten hilft nicht

Von Thomas Jansen

Daniel Günther hat schon recht: Soziale Medien bringen Kinder mit Gewaltverherrlichung, sexualisierter Gewalt und Fake News in Kontakt, wenn sie unkontrolliert genutzt werden. Aber ein pauschales Social-Media-Verbot bis zum Alter von 16 Jahren, das nicht nur Schleswig-Holsteins Ministerpräsident fordert, hilft nicht weiter. Zum einen wäre ein solches Verbot kaum flächendeckend durchzusetzen. Technisch ließe es sich vermutlich leicht aushebeln. Und die Social-Media-Konzerne, das lehrt die Erfahrung, dürften sich trotz staatlichen Drucks auf ein unerlässliches Minimum an Kooperation beschränken. Zum anderen würde dadurch das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Nützliche Kommunikationswege, die nicht alle, aber doch etliche soziale Medien eben auch bieten, würden entfallen. Außerdem erscheint eine behutsame frühzeitige Schulung im Umgang mit sozialen Medien allemal sinnvoller, als deren Nutzung erst in einem Alter zu erlauben, in dem Jugendliche vielerorts schon in den Kommunen wählen dürfen.

Ein pauschales Verbot ginge aber auch deshalb am Ziel vorbei, weil es nur gegen ein Symptom gerichtet ist. Kinder und Jugendliche tummeln sich ja nicht allein deshalb in sozialen Medien, weil diese ungemein attraktiv wären. Oft fehlt es ihnen an Alternativen in der realen Welt, an Sportangeboten, Jugendzentren – und an Ansprechpartnern, die persönlich anwesend sind, etwa Eltern.

Hoffnungsschimmer

Von Tatjana Heid

Immer wieder gab es Versuche, den Konflikt in Ostkongo beizulegen. Immer wieder sind sie gescheitert. Nun haben sich Ruanda und die Demokratische Republik Kongo auf ein Friedensabkommen geeinigt, das noch in diesem Monat unterzeichnet werden soll. Es ist umfassend: Achtung der territorialen Integrität, Verbot von Feindseligkeiten, Rückzug bewaffneter nichtstaatlicher Gruppen, Rückkehr von Geflüchteten. Für die Menschen in der Region ist das Abkommen ein Hoffnungsschimmer. Zumindest auf dem Papier.

Ob der Konflikt damit beendet ist, wird sich zeigen müssen. Zum einen sind die weit mehr als hundert Rebellengruppen in Ostkongo an den Verhandlungen nicht beteiligt gewesen. Separate Gespräche zwischen Kongo und der Rebellenmiliz M23 hatten im April zwar zu Absichtserklärungen, aber nicht zu Frieden geführt. Auch Burundi und Uganda, die in der Region der Großen Seen eigene Interessen verfolgen, bleiben unerwähnt. Hinzu kommt: Die Gewalt, die Anfang des Jahres über Ostkongo hereingebrochen ist, ist nur die neueste Eskalation in einem Konflikt, der seit Jahrzehnten schwelt. Drei Kongokriege gab es seit Mitte der Neunziger, einer davon wird als afrikanischer Weltkrieg bezeichnet. Die Ursachen für die Instabilität der Region sind vielfältig und reichen bis in die vorkoloniale Vergangenheit zurück. Dass sie mit diesem Abkommen beseitigt sind, ist schwer vorstellbar.

Seit einigen Jahren scheint die Serie der antisemitischen Vorfälle in Deutschland nicht mehr abzubrechen. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht über Drohungen und Gewalttaten gegenüber jüdischen Studenten an deutschen Universitäten berichtet wird, über Angriffe auf Passanten auf offener Straße, wenn sie nur eine Kippa tragen, über Anschläge auf Synagogen oder über in den Medien beschönigend als „propalästinsisch“ bezeichnete Demonstrationen, bei denen offen zur Vernichtung der Juden im Nahen Osten aufgerufen wird. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes ist die Zahl der antisemitischen Straftaten 2024 gegenüber dem Vorjahr um fast 21 Prozent gestiegen. Dabei hat die Zahl der Fälle, die nicht dem Rechts- oder Linksextremismus zuzuordnen sind, sondern einer, wie es in der Statistik des BKA heißt, „ausländischen Ideologie“, besonders stark zugenommen.

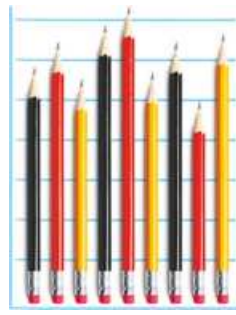
Auch in den Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach wird dieses Problem sichtbar: Im Frühjahr 2024 führte es im Auftrag des Instituts für Soziologie der Universität Düsseldorf eine umfangreiche Untersuchung in Nordrhein-Westfalen zum Thema Antisemitismus durch. Dort zeigte sich eindeutig, dass antijüdische Klischees und der Hass auf Israel im muslimischen Teil der Bevölkerung wesentlich stärker verbreitet waren als in der übrigen Bevölkerung.

Doch stimmt es, dass, wie oft angenommen wird, der Antisemitismus in der Gesellschaft insgesamt in den letzten Jahren stark zugenommen hat? Die Ergebnisse der aktuellen Bevölkerungsumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der F.A.Z., die vom 1. bis zum 12. Juni durchgeführt wurde, also noch vor den israelischen Angriff auf Iran, weisen nicht darauf hin. Nahezu seiner Gründung im Jahr 1947 hat sich das Institut für Demoskopie Allensbach auch der Aufgabe gewidmet, zu erforschen, wie es passieren konnte, dass Deutschland von einer freien Gesellschaft in eine blutige Diktatur abdriften konnte, welches Denken der Despotie Vorschub leistete und wie weit es auch noch nach dem Ende des Dritten Reiches in der Bevölkerung verbreitet war.

Die erste Umfrage zu diesem Thema stammt aus dem Jahr 1949. Diese und diverse Nachfolgeuntersuchungen zeigen, dass der Antisemitismus mit dem Ende des Dritten Reiches nicht verschwunden war, sondern dass Erziehung und Prägung weiter Teile der Bevölkerung im Dritten Reich noch jahrzehntelang nachwirkten. Erst ganz allmählich schleiften sich die Vorurteile gegenüber Juden ab und wuchs das Bewusstsein über das ganze Ausmaß an Verantwortung, das sich aus den Verbrechen des NS-Regimes ergab.

Das Institut für Demoskopie kann heute, wenn es das Thema Antisemitismus untersuchen will, auf eine Reihe von Trendfragen zurückgreifen, die schon vor Jahrzehnten gestellt wurden, und damit die langfristige Entwicklung dieses Themas nachverfolgen. Einige dieser Trendfragen wurden in die aktuelle Umfrage erneut aufgenommen. Sie zeigen deutlich, dass zumindest die traditionellen antisemitischen Klischees in der Bevölkerung heute nicht auf mehr Resonanz stoßen als in früheren Jahren. Ein Beispiel hierfür ist die Anfälligkeit für antisemitische Verschwörungsideologien. Der Meinung, wonach Juden auf der Welt zu viel Einfluss hätten, stimmten im Juni 2025 21 Prozent der Bevölkerung zu. 1992 waren es mit 33 Prozent noch wesentlich mehr.

Auch die Vorstellung, dass Juden zu viel Macht in der Wirtschaft und im Finanzwesen hätten, ist nur bei einer recht kleinen Minderheit der Befragten vorhanden: 15 Prozent der Befragten stimmten in der aktuellen Umfrage dieser These zu, die damit heute deutlich weniger weit verbreitet ist als in der Nachkriegszeit. Es gibt auch keine Anzeichen dafür, dass sich die Bevölkerung mehr als früher gegen die Aufarbeitung der Verbrechen des NS-Regimes sperrt, im Gegenteil: Der Anteil derjenigen, die sagen, man sollte nun,



Israels Vorgehen im Gazastreifen lehnen die meisten Deutschen ab. Antisemitische Haltungen haben nicht zugenommen.

Von Thomas Petersen
Institut für Demoskopie
Allensbach

nachdem so lange Zeit seit dem Kriegsende vergangen sei, nicht mehr so viel über die Nazivergangenheit sprechen und stattdessen „endlich einen Schlussstrich ziehen“, ist seit vier Jahrzehnten rückläufig: 1986 stimmten noch 66 Prozent der Befragten dieser Aussage zu, aktuell sind es noch 43 Prozent. Umgekehrt ist der Anteil derjenigen, die der These ausdrücklich widersprechen, von 24 auf 42 Prozent gestiegen.

Auf die Frage „Wird heutzutage in Zeitungen, im Radio und Fernsehen eigentlich zu viel oder zu wenig über die Judenverfolgung im Dritten Reich berichtet?“ antworteten in der aktuellen Umfrage 27 Prozent, es werde darüber zu viel, 10 Prozent meinten, es werde zu wenig darüber berichtet. Eine relative Mehrheit von 41 Prozent hält den Umfang der Berichterstattung über dieses Thema für gerade richtig. Diese Zahlen unterscheiden sich nicht wesentlich von denen, die bei anderen Umfragen in den letzten Jahrzehnten ermittelt wurden. Die Anzahl der Bürger, die den Holocaust leugnen, ist

nach wie vor sehr gering. Auf die Frage „Glauben Sie, das meiste, was über Konzentrationslager und Judenverfolgung berichtet wird, ist wahr, oder ist das vieles übertrieben dargestellt worden?“ antworteten in der aktuellen Umfrage 83 Prozent, das meiste an der Berichterstattung über dieses Thema sei wahr. Nur 4 Prozent widersprachen. Auch an diesen Zahlen hat sich in den letzten Jahrzehnten nichts Wesentliches geändert.

Von einem Anstieg des Antisemitismus in der breiten Bevölkerung kann also keine Rede sein. Was sich aber verändert hat, ist die Wahrnehmung von Antisemitismus. Auf die Frage „Wie ist Ihr Eindruck: Hat Antisemitismus, also Judenfeindlichkeit, in Deutschland in den letzten Jahren eher zugenommen oder eher abgenommen, oder hat sich da nicht viel verändert?“ antworteten im Juni 2025 56 Prozent der Befragten, ihrer Ansicht nach habe Antisemitismus eher zugenommen. 2019 hatten noch 36 Prozent diese Antwort gegeben. Vermutlich sind diese Antworten teilweise eher eine Reaktion auf

die gestiegene Anzahl antisemitischer Straftaten und die Berichterstattung darüber als das Resultat eigener Beobachtungen, denn tatsächlich hat ja, wie beschrieben, der Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung insgesamt nicht zugenommen.

Geradezu dramatisch verändert hat sich dagegen das Image des Staates Israel. Auf die noch vor dem Angriff auf Iran gestellte Frage „Haben Sie ganz allgemein ein gutes oder ein schlechtes Bild vom Staat Israel?“ antworteten 20 Prozent, sie hätten ein gutes oder sehr gutes Bild dieses Landes, 2022 waren es noch 54 Prozent. Gleichzeitig ist die Anzahl derjenigen, die ein eher schlechtes oder sogar sehr schlechtes Bild des Landes haben, von 23 auf 57 Prozent gestiegen.

Diese Entwicklung ist auch deswegen bemerkenswert, weil sich ganz im Kontrast dazu die von der Tagespolitik unabhängige Grundhaltung der Deutschen gegenüber Israel nicht verändert hat. Eine Frage in der aktuellen Umfrage lautete: „Würden Sie sagen, Deutschland hat für das Schicksal Israels eine besondere Verantwortung, oder würden Sie das nicht sagen?“ 28 Prozent der Bürger sprachen Deutschland diese besondere Verantwortung zu, 52 Prozent widersprachen. Diese Zahlen gleichen fast auf das Prozent genau denen, die im August 2014 erhoben wurden.

Auch bei der Frage, von welchen Ländern die größte Bedrohung für den Frieden auf der Welt ausgehe, sind keine auffälligen Veränderungen im Zeitverlauf zu verzeichnen. Die Antworten auf diese Frage schwanken stark, je nach tagespolitischer Lage. Im Juni 2025 sagten 37 Prozent, von Israel gehe mit die größte Bedrohung aus. Das sind wesentlich mehr als im Januar 2021, als nur elf Prozent diese Angabe machten, doch immer noch weniger als im September 2014 nach der israelischen Militäroperation im Gazastreifen in den Monaten zuvor. Damals hielten 42 Prozent Israel für eine der größten Gefahren für den Weltfrieden. Insgesamt bewegen sich die aktuellen Antworten in der Bandbreite des seit Jahrzehnten Bekannten. Von einer grundsätzlich wachsenden Israelfeindlichkeit ist nichts zu erkennen.

Doch die aktuelle Politik der israelischen Regierung lehnen offensichtlich wachsende Teile der deutschen Bevölkerung ab. Dies zeigen die Antworten auf die Frage „Wie empfinden Sie das Vorgehen Israels gegen die Hamas im Gaza-Streifen: Finden Sie das Vorgehen Israels alles in allem angemessen oder nicht angemessen?“ Schon im Januar 2024, gerade drei Monate nach dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 auf das Supernova-Festival und israelische Militärposten, Siedlungen und Städte in Grenznähe mit fast 1.200 Todesopfern, hielt eine relative Mehrheit von 43 Prozent der Deutschen die Reaktion Israels auf das Massaker für nicht angemessen, nur 27 Prozent bezeichneten sie als angemessen. Aktuell halten nur noch 13 Prozent das Vorgehen Israels für angemessen, 65 Prozent vertreten die gegenteilige Meinung.

Wie groß die Ablehnung weiter Teile der Bevölkerung gegenüber dem Vorgehen der israelischen Regierung im Gazastreifen ist, zeigen die Antworten auf die Frage „Neulich sagte uns jemand: ‚Was Israel gerade in Gaza macht, ist in meinen Augen Völkermord.‘ Würden Sie sagen, da ist etwas dran, oder würden Sie das nicht sagen?“ 73 Prozent meinten, ihrer Ansicht nach sei etwas an der Aussage dran, nur neun Prozent widersprachen ausdrücklich.

In der öffentlichen Diskussion gehen Israelkritik und Antisemitismus oft durcheinander. Nicht selten erlebt man es in intellektuellen Diskussionen, dass Judenhass hinter scheinbar sachlicher Kritik an der israelischen Regierung verborgen wird. Doch die Bevölkerung scheint beides tatsächlich recht sauber voneinander zu trennen. Israel hat heute ein wesentlich schlechteres Image als noch vor wenigen Jahren, doch die Grundhaltung gegenüber Juden hat sich nicht wesentlich verändert.



Petra KÖPPING Foto dpa

Seelsorgerin für den Osten

Vor sechs Jahren wollte Petra Köpping SPD-Chefin werden. In einer Befragung der Mitglieder trat die damalige sächsische Integrationsministerin im Paar mit Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius an. Das Ost-West-Duo landete unter sechs Zweiertteams auf dem vorletzten Platz. Am Ende siegten dank einer Juso-Kampagne Saskia Esken und der frühere nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans. Er ist längst ausgeschieden, Esken wird nicht wieder kandidieren. Pistorius ist heute Deutschlands populärster Politiker. Köpping soll auf dem SPD-Parteitag Ende Juni zur stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt werden.

In Dresden ist sie seit sechs Jahren Sozial- und Gesundheitsministerin, seit einem halben Jahr zudem stellvertretende Ministerpräsidentin der schwarz-roten Minderheitsregierung unter CDU-Mann Michael Kretschmer. Das Ergebnis in der sächsischen Landtagswahl im vergangenen Jahr fiel mit 7,3 Prozent für die SPD und ihre Spitzenkandidatin mager aus, doch auch Schlimmeres war vorausgesagt worden.

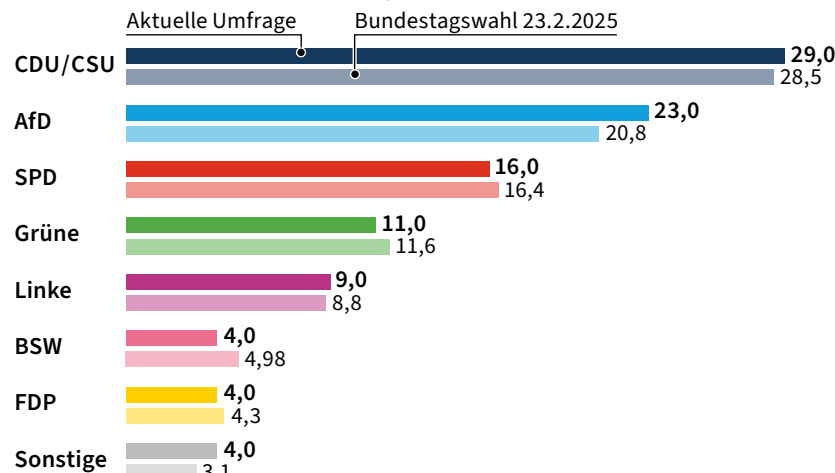
Dass es im Leben oft anders kommt als geplant, hat Köpping, 1958 geboren und nahe Leipzig aufgewachsen, früh erfahren. Mit 16 Jahren wurde sie schwanger. Dennoch machte sie das Abitur, auf ein Schauspielstudium musste sie aber verzichten. Sie studierte im Fernstudium Staats- und Rechtswissenschaften. Als Diplom-Staatswissenschaftlerin trat sie 1986 in die SED ein, im Jahr 1989 wieder aus, als das DDR-Staatschiff zu sinken drohte. Da war sie gerade zur Bürgermeisterin des Ortes Großpöna bestellt worden.

Nach der Wende landete Köpping im Außendienst einer Krankenkasse. Doch die Abstinenz von der Politik dauerte nicht lange. 1994 wurde sie zum zweiten Mal Bürgermeisterin von Großpöna, 2001 Landrätin im Leipziger Land, ein Jahr später trat sie in die SPD ein. Es folgte die Wahl in den Sächsischen Landtag, 2014 das erste Ministeramt im Freistaat. Köpping hat viel über die Entwurzelung, über Kränkungen und die bundesweite Unterrepräsentanz der ehemaligen DDR-Bürger gesprochen und geschrieben. DDR-Nostalgie pflegt sie dennoch nicht. Die Mutter dreier Kinder und zahlreicher Enkelkinder kann gut mit den Leuten, wurde als „Seelsorgerin der Sachsen“ bezeichnet. Vor allem ist sie krisenerprobt. Als Landrätin erlebte sie das Hochwasser, als Integrationsministerin die Asylkrise ab 2015.

Überregional bekannt wurde sie erst durch die schwierige Zeit der Corona-Pandemie, für manche auch zur Hassfigur. Seit Ende 2021 Querdenker mit Fackeln vor ihr Privathaus zogen, hat sie Personenschutz. Köpping hat angekündigt, in der SPD-Spitze die Stimme des Ostens zu sein. Das sei heute notwendiger denn je.

Die Stärke der Parteien

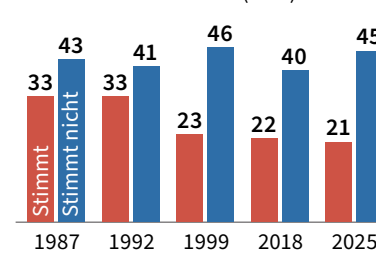
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmenergebnisse in Prozent)



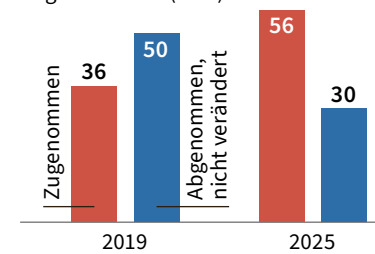
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 1. bis 12.6.2025, 1054 Befragte, gerundete Angaben. / F.A.Z.-Grafik swa.

Antisemitismus und das Bild von Israel

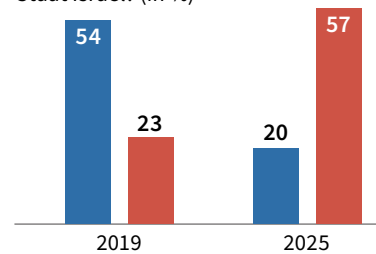
Wenn jemand sagt: „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.“ Stimmt das oder stimmt das nicht? (in %)



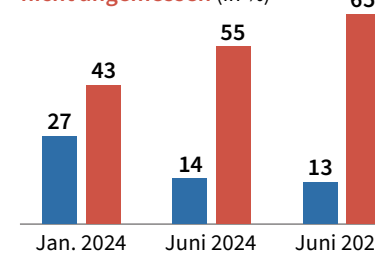
Hat Antisemitismus in Deutschland in den letzten Jahren eher zu- oder eher abgenommen? (in %)



Haben Sie ganz allgemein ein gutes oder ein schlechtes Bild vom Staat Israel? (in %)



Finden Sie das Vorgehen Israels im Gazastreifen angemessen oder nicht angemessen? (in %)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, Umfrage: 1. bis 12.6.2025, 1054 Befragte / F.A.Z.-Grafik: swa.



Entdecken Sie das F.A.Z. Archiv – auch mobil.

Erfolg entsteht durch Wissen.

Ob im Beruf, in der Politik oder im Leben: Erfolgreiche Entscheidungen basieren auf verlässlichen Informationen, Erfahrungen und Bewertungen. Diese finden Sie jederzeit online und mobil im F.A.Z.-Archiv. Die Artikel kaufen Sie einzeln, im vorteilhaften Artikelpaket oder Sie registrieren sich für ein günstiges Archiv-Abonnement – so wie Sie es brauchen.

Jetzt mehr erfahren auf www.faz-archiv.de

Frankfurter Allgemeine
ARCHIV